

Verantwortlich: Klaus Hupperth

9. April 2008

*Zur Berichterstattung in der Rheinischen Post am 9. April 2008*

### ***Unverständlich: OB hält unübliches Verfahren für in Ordnung***

**Leverkusen.** Im Rahmen der Berichterstattung um die Schulausschusssitzung wird OB Ernst Küchler in der Ausgabe der Rheinischen Post vom 9. April 2008 zitiert, dass die SPD der CDU und der FDP den Änderungsantrag von SPD, BÜRGERLISTE, OWG-UWG, GRÜNEN schon am Morgen der Schulausschusssitzung zugefaxt habe.

Dies ist zutreffend, entschuldigt aber in keinster Weise eine solch undemokratische Vorgehensweise. Der Antrag, datiert vom 4. April 2008, ging zwar am Morgen des 7. Aprils um 11 Uhr in den Fraktionsgeschäftsstellen ein. Jedoch hatten die CDU-Mitglieder des Ausschusses, die teilweise direkt von ihrem Arbeitsplatz in die Sitzung kamen, keinerlei Möglichkeit, diesen Antrag vorher zu lesen, geschweige denn innerhalb der Fraktion zu beraten.

OB Küchler räumt zwar ein, dass es sich hier um „einen sehr detaillierten Antrag“, an anderer Stelle seiner Stellungnahme um „einen sehr umfangreichen Änderungsantrag“ handele, für den es ein „gewisse Einlesungszeit bedurft“ hätte, hält aber gleichwohl die Vorgehensweise der überraschenden Vorlage für in Ordnung.

Klaus Hupperth, Fraktionsvorsitzender der CDU: „Wenn der Antrag doch schon am 4. April fertiggestellt war und allen anderen Fraktionen außer der CDU und FDP bekannt war, frage ich mich, warum man uns bis kurz vor der Schulausschusssitzung am 7. April den Inhalt vorenthalten hat. Unser Vertagungsantrag auf eine Sondersitzung des Schulausschusses rechtzeitig vor der nächsten Ratssitzung am 28. April hätte in der Angelegenheit selbst keine Verzögerung ergeben, uns aber die Möglichkeit gegeben, das umfangreiche 5-seitige Änderungspapier von SPD und Partner vernünftig zu beraten. Ein solcher Weg wäre auch gute demokratische Gepflogenheit gewesen.“

„Schulpolitik mit der Brechstange“, kommentiert Bernhard Marewski, schulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion auch mit Blick auf Beschlüsse, die die politische Gesamtschulmehrheit am vergangenen Montag gefasst habe. „Da wurde einfach die Auflösung der Hauptschule Neucronenberger Straße beschlossen über die Köpfe der Betroffenen hinweg. Üblicherweise ist die vorherige Beteiligung der Mitwirkungsorgane der Schule verpflichtend, die Meinung der Schüler, Eltern und Lehrer ist angemessen zu berücksichtigen. Sie seien nur „entsprechend über die auslaufende Auflösung zu informieren“, so die lapidare Festsetzung durch die Genossen und Co.“, so Marewski, „demokratisch kann man solche Vorgehensweisen nicht nennen.“